

Vijay Prashad - Iran, Israel & Venezuela und der in den Medien fehlende Kontext

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bevor ich mit diesem Interview beginne, möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir vom 10. August bis zum 22. August eine Sommerpause einlegen und in dieser Zeit keine Videos produzieren werden. Wir müssen uns für die bevorstehende Zeit erholen, sodass diese Pause für mich und mein Team sehr wichtig ist. Wenn Sie sich weiterhin unsere Videos ansehen möchten, besuchen Sie bitte unseren Archivbereich auf der Website oder unsere Videobibliothek auf unserer YouTube-Seite. Obwohl wir während des Sommers Millionen von Menschen erreicht haben, ist unser Spendenaufkommen drastisch gesunken. Wir zählen nur noch 510 monatliche Spender, obwohl wir 152.000 Abonnenten haben. Wenn Sie sich also unsere Videos ansehen und noch nicht spenden, nehmen Sie sich bitte ein paar Minuten Zeit und besuchen Sie die Beschreibung dieses Videos. Dort finden Sie alle Informationen zu unserer Spendenplattform über Patreon, PayPal, Betterplace oder direkt auf unser Bankkonto. Heute spreche ich mit dem Autor und Historiker Vijay Prashad. Vijay Prashad ist Autor von mehr als 30 Büchern, eines davon ist *The Withdrawal: Iraq, Libya, Afghanistan and the Fragility of US Power*. Vijay, willkommen zurück in der Sendung.

Vijay Prashad (VP): Herzlichen Dank. Schön, bei Ihnen zu sein, mein sportlicher Freund.

ZR: Fangen wir also an. Beginnen wir dieses Interview mit der eskalierenden Situation im Nahen Osten. Letzte Woche tötete Israel führende Persönlichkeiten. Zuerst den Hisbollah-Kommandeur Fuad Shukr in der libanesischen Hauptstadt Beirut und einen Tag später den Hamas-Führer Ismail Haniyeh in der iranischen Hauptstadt Teheran. Seitdem feuert die Hisbollah fast täglich Raketen und Drohnen auf Israel ab, und die Angst vor einem bevorstehenden iranischen Vergeltungsschlag wächst weltweit. Viele glauben, dass dies einen globalen Krieg auslösen könnte. Obwohl es zahlreiche internationale Initiativen und Aufrufe gibt, angeführt von Russland, den Golfstaaten und einigen westlichen Ländern, die zur Zurückhaltung und zu einem kühleren Kopf aufrufen, scheint es momentan, dass der Iran auf die eine oder andere Weise reagieren wird. Gerade heute wird berichtet, dass Großbritannien

und Ägypten ihre Fluggesellschaften gebeten haben, den iranischen und libanesischen Luftraum zu meiden, da die Angst vor einem größeren Konflikt wächst. Ein bemerkenswertes Detail, das ich erwähnen möchte: Wann immer eine der wichtigsten Nachrichtensendungen, die Tagesschau in Deutschland, über die Hisbollah-Miliz berichtet, heißt es entweder, dass es sich um eine terroristische Organisation handelt oder um eine Organisation, deren Ziel die vollständige Zerstörung Israels ist, und dass Israel lediglich auf den wahllosen Raketenbeschuss des israelischen Territoriums durch die Hisbollah antwortet. Im Allgemeinen behaupten viele Medien hierzulande, dass es sich um einen iranischen Stellvertreter handelt, der die Vernichtung der Juden und des Staates Israel anstrebt. Als Journalist, der viel Zeit im Libanon und im gesamten Nahen Osten verbracht und über diese Themen geschrieben hat - könnten Sie unseren Zuschauern zunächst einige Hintergrundinformationen zur Hisbollah geben und danach auch auf die eskalierende Situation zwischen Israel und dem Iran eingehen?

VP: Es ist wichtig, dass die Menschen, insbesondere in Europa, ein Verständnis für die Hisbollah entwickeln. Die Hisbollah entstand, als die Israelis sich zur Intervention im Libanon entschlossen, dort einmarschierten, Beirut angriffen, Gebiete im Süden des Libanon kontrollierten und so weiter. Die Widerstandsbewegung gegen diese israelische Invasion wurde zur Hisbollah. Mit anderen Worten: Das UN-Recht besagt eindeutig, dass ein besetztes Volk das Recht hat, sich der Besatzung zu widersetzen. Die Hisbollah entsteht also im Rahmen des internationalen Rechts. Sie ist in ihren Ursprüngen keine terroristische Organisation. Sie ist entstanden, um gegen eine militärische Besatzung zu kämpfen, eine illegale militärische Besatzung, die die Israelis sehr lange durchgeführt haben, über ein Jahrzehnt lang, wobei Israel und seine Vertreter mitten im Süden des Libanon Folterkammern betrieben. In der Folterkammer von Khiam im Südlibanon haben sie Menschen gequält. Viele Menschen, die abgehärtet wurden. Hisbollah-Kämpfer kommen aus diesen Folterkammern. Interessant ist, dass die Hisbollah zunächst eine politische Bewegung unter der Führung von Sayyed Hassan Nasrallah ist, die jedoch sehr schnell einen militärischen Arm entwickelte. Fuad Shukr zum Beispiel war einer der Gründer dieses militärischen Arms. Er war fast von Anfang an Mitglied der Hisbollah. Er war ein sehr enger Freund von Imad Mughniyeh. Imad Mughniyeh wurde 2008 in Damaskus, Syrien, von Israel ermordet. Israel verfolgt diese Politik der gezielten Ermordung verschiedener Hisbollah-Führer mittleren und höheren Ranges. Es ist sehr interessant, dass israelische Flugzeuge und Raketen eine internationale Grenze überschreiten und Menschen ermorden können. Das wird nicht als Terrorakt betrachtet. Das gilt als Akt der Terrorbekämpfung. Es handelt sich hier um eine politische Debatte. Was ist der ursprüngliche Terror, für den so etwas wie Gegenterror produziert wird? Die Leute in der Hisbollah werden argumentieren, dass Israel der ursprüngliche Terror ist, und sie sind im Grunde nur die Antiterror-Operation, die versucht, den israelischen Terror gegen die Palästinenser, gegen die Menschen im Libanon und so weiter zu verhindern. Dies ist eine politische Debatte, nicht wahr?! Die Frage, wer der ursprüngliche Terrorist ist, kann nicht juristisch geklärt werden. Es ist eine politische Angelegenheit. Ich verstehe also sehr gut, dass die deutschen Medien, wenn sie die Hisbollah als terroristische Vereinigung bezeichnen, eine politische Entscheidung getroffen haben, indem sie die Hisbollah zwangsläufig als terroristische Vereinigung der Hamas bezeichnen. Wenn ich etwas für die

Medien schreibe, heißt es: Können wir das Wort Terrorist vor Hamas oder Hisbollah setzen? Und ich sage, aber das ist eine politische Entscheidung. Es ist keine gesetzliche Vorschrift. Okay, nach deutschem Recht können dies rechtliche Anforderungen sein. Das ist eine andere Frage. Aber nach internationalem Recht gibt es absolut keine einheitliche Meinung bezüglich des Ursprungs von Terror außerhalb Israels. In der Tat werden viele, wie auch die UN, argumentieren, dass Israel die ursprüngliche Besatzungsmacht gegen die Palästinenser ist. Die Palästinenser haben daher das Recht, Widerstand zu leisten. Eine palästinensische Organisation, die sich wehrt, sollte daher nicht als terroristische Organisation bezeichnet werden. Es ist sehr interessant. Das Attentat auf Fuad Shukr in Beirut wurde in einem zivilen Gebiet verübt. Das war eine überaus leichtsinnige Tat. Es war klar, dass die Hisbollah Vergeltung üben würde. Er ist ein angesehener hochrangiger Führer. Was haben Sie erwartet? Dass ein bewaffneter Flügel der Hisbollah sich zurücklehnt und zulässt, dass der General getötet wird? Sie werden mit gleicher Münze zurückschlagen. Ebenso lächerlich ist es, dass die Israelis inmitten der Probleme, mit denen sie es zu tun haben - und es gibt auch ein innenpolitisches Problem in Israel, Premierminister Benjamin Netanjahu ist im Land zutiefst unpopulär -, einen rücksichtslosen Terrorakt begehen, indem sie über die Region fliegen, eine Bombe in Teheran planen und darauf warten, dass der politische Führer der Hamas, Herr Haniyeh, dort anwesend ist, um dann die Bombe zu zünden und Herrn Haniyeh zu töten. Interessanterweise sagten die Israelis: Okay, wir haben den politischen Führer der Hamas getötet. Wir haben gute Aussichten, denn der neue, von der Hamas gewählte Führer, Yahya Sinwar, ist viel radikaler als Herr Haniyeh. Yahya Sinwar ist viel radikaler als Haniyeh, er hat 23 Jahre in einem israelischen Gefängnis verbracht, er ist ein hartgesottener Hamas-Führer, der aus den Arbeitervierteln von Khan Younis stammt. Sie dachten, Herr Haniyeh sei ein Problem. Warten Sie nur, bis Herr Sinwar anfängt, die Dinge zu leiten. Und das ist ein guter Hinweis darauf, wie unnachgiebig Israel bei seinen Verhandlungen mit der Hamas war. Sie wussten, dass die Verhandlungen mit der Hamas scheitern würden, wenn sie Herrn Haniyeh, der ein ziemlich gemäßigter Mann war, töten würden. Und sie haben wahrscheinlich erwartet, dass jemand wie Yahya Sinwar der nächste Anführer des politischen Flügels der Hamas werden würde, was bedeutet, dass die Verhandlungen schwierig werden würden. Dies ist ein sehr guter Indikator dafür, dass Israel weder mit der Hisbollah noch mit der Hamas verhandeln will. Man kann Kriege nicht ohne Verhandlungen beenden. Sie begeben sich also gewissermaßen in einen unlösbaren Konflikt, den sie selbst geschaffen haben.

ZR: Glauben Sie, dass die Situation zu einem regionalen, wenn nicht gar globalen Krieg eskalieren wird? Wir sehen, dass die Vereinigten Staaten ihre Flugzeugträger für einen möglichen Luftangriff auf Israel in Stellung bringen, dass die Golfstaaten sich darauf vorbereiten. Und wir sehen, dass Russland den Iran unterstützt. Wie schätzen Sie die Entwicklung ein?

VP: Ich weiß, dass der Iran Vergeltung üben muss. Seine Ehre steht auf dem Spiel. Der Iran bot Herrn Haniyeh eine Herberge, damit er das Land besuchen konnte. Er kam nach Teheran, stand unter dem Schutz der Iraner und wurde dann getötet. Die Israelis haben dies mit den Syrern, den Libanesen, den Iranern und anderen getan, sie verletzen einfach die nationale Souveränität, um diese Taten durchzuführen. Sie waren nicht im Iran, um einen Iraner zu

töten. Sie kamen in den Iran, um einen Gast des Iran zu töten, einen palästinensischen Politiker, einen Führer der Hamas, einer wichtigen politischen Organisation. Sie taten dies kurz nachdem in Peking, China, 14 palästinensische Gruppierungen zum ersten Mal seit einer Generation zusammenkamen, von den Chinesen an einen Tisch gebracht wurden, Hamas, Islamischer Dschihad, Volksfront für die Befreiung Palästinas, Fatah, alle von ihnen an einem Tisch, und sie eine gemeinsame Erklärung abgaben. Ich meine, dies hätte ein sehr wichtiger Weg für die Verhandlungen sein können, dass es jetzt, nach so vielen Jahren, eine gemeinsame palästinensische Arbeitsgruppe gibt. Die Israelis hätten direkt mit ihnen verhandeln können. Anstatt die Angelegenheit auf der politischen Ebene zu regeln, hat Netanjahu den großen Knüppel geschwungen und Haniyeh getötet - eine sehr unbedachte Tat. Der Iran fühlt sich verpflichtet, darauf zu reagieren. Aber die Iraner sind überaus klug. Es gibt kein Szenario, das die Iraner für möglich halten, das nicht für alle Beteiligten schlecht ausgehen würde. Das verstehen sie. Sie sind keine rücksichtslose Macht. Nachdem Israel das Völkerrecht verletzt hatte, indem es Syrien überflog und eine iranische Botschaft in Syrien bombardierte, feuerte der Iran eine Reihe von Raketen auf Israel ab, die, so die Abmachung, vom Iron-Dome-System entdeckt und zerstört werden würden. Bei diesem Angriff entstand innerhalb Israels fast kein Schaden. Das war der Sinn einer würdevollen Antwort. Ihr habt ein Botschaftsgelände angegriffen, wir werden schießen. Okay, der Fall war abgeschlossen. Danach gab es keine Eskalation mehr, richtig? Der Fall ist abgeschlossen. Selbst die Israelis haben nicht zurückgeschossen. Jetzt fühlen sich die Iraner noch mehr unter Druck gesetzt, für ihre Ehre einzustehen. Die Israelis spielen hier also ein sehr rücksichtsloses Spiel, und ich verstehe nicht, warum die europäischen Mächte, Deutschland und so andere das nicht erkennen. Der Iran ist nicht rücksichtslos. Der Iran handelt nicht rücksichtslos. Er schießt nicht rücksichtslos zurück. Warum sagt der Iran zum Beispiel nicht: Okay, ihr habt Ismail Haniya in Teheran getötet. Wir werden jetzt sehen, wen wir töten können. Wir werden den Führer der Siedlungsbewegung oder so etwas töten, der in Tel Aviv lebt. Dazu wird es nicht kommen. Sie sind nicht verrückt. Es könnte allenfalls zu einem begrenzten Austausch kommen. Denn der Iran ist nicht leichtsinnig, obwohl er von den Russen und anderen unterstützt wird. Sie wollen keinen regionalen Krieg. Sie wollen, dass der Völkermord an den Palästinensern aufhört und eine politische Lösung beginnt, und sie sind an einer Normalisierung der Beziehungen zu allen interessiert. Das haben sie durch die Ernsthaftigkeit ihrer Absicht gezeigt, mit der saudi-arabischen Regierung nach Peking zu kommen und ein umfassendes Übereinkommen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran in die Wege zu leiten. Der Iran hat gezeigt, dass er an einem Frieden in der Region interessiert ist. Sie wollen keinen Krieg. Israel versucht, einen breiteren Krieg zu provozieren. In diesem Fall ist Israel der eigentliche Hauptakteur des Krieges, und nicht des Friedens.

ZR: Werfen wir nun einen Blick auf einige interne Faktoren innerhalb der israelischen Regierung, die sich in einer sehr prekären Lage zu befinden scheint. Die Tagesschau, Deutschlands meistgesehene Nachrichtensendung zur Hauptsendezeit, berichtete vor kurzem über einen internen Konflikt in der israelischen Regierung, bei dem das Militär der Regierung vorwirft, die Verhandlungen mit der Hamas zu sabotieren, indem sie ständig neue Bedingungen stellt, was der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu weiterhin bestreitet. Auch nehmen die Proteste in Israel zu, insbesondere in Tel Aviv, wo die Menschen

ein Geiselabkommen mit der Hamas fordern, das Benjamin Netanjahu ebenfalls zu untergraben scheint. Auch wenn wir die Erklärungen westlicher Politiker beobachten, betonen sie immer wieder die Notwendigkeit eines Waffenstillstands. Darüber hinaus möchte ich auf ein wichtiges Ereignis hinweisen, das in Deutschland wenig bis gar nicht Beachtung fand und erhebliche Spannungen innerhalb des israelischen Staates aufzeigte. Alles begann mit einem UN-Bericht, der am 31. Juli veröffentlicht wurde und die Haftbedingungen von Palästinensern in einem israelischen Militärgefängnis namens Sde Teiman beschreibt. In dem Bericht heißt es, dass dort mindestens 53 politische Gefangene aufgrund von Vernachlässigung, Hunger, Folter und verweigerter medizinischer Versorgung gestorben sind. Die israelischen Behörden beschlossen, gegen eine Gruppe von Soldaten und Gefängniswärtern zu ermitteln, die verdächtigt wurden, palästinensische Gefangene zu vergewaltigen. Eine von ihnen soll sogar mit Instrumenten vergewaltigt worden sein. Nach Angaben der israelischen Zeitung Haaretz erschienen einige Mitglieder des israelischen Parlaments sowie Minister, um die Militärbasis mit einem wütenden und bewaffneten Mob zu stürmen, und wurden von schwer bewaffneten Milizionären begleitet, die die Verhaftung des Gefängniswärters, der die Vergewaltigung begangen hatte, verhindern wollten. Schließlich verlegten die israelischen Behörden die Soldaten und Gefangenen in einen anderen Militärstützpunkt, aber auch dort tauchten die Demonstranten auf, verbrannten Holz an den Toren und versuchten, in den Stützpunkt einzudringen. Die israelische Polizei nahm niemanden fest und war nicht in der Lage, die Unruhen zu verhindern. Am nächsten Tag berichteten die israelischen Zeitungen auf breiter Front über das Ereignis und bezeichneten es als Chaos, Anarchie und Zusammenbruch des Staates. Wir haben bereits über die externen Faktoren gesprochen, die Israel bereits bedrohen, aber auch die internen Widersprüche und der Druck zeigen sich deutlich. Wie sehen Sie diese innenpolitischen Entwicklungen? Wird Israel in der Lage sein, mit all diesen internen Brüchen umzugehen?

VP: Das ist schwer zu sagen. Israel hat Herrn Netanjahu in den letzten Jahrzehnten wiederholt ins Amt gewählt. Er ist der am längsten amtierende israelische Premierminister. Uns wird immer wieder gesagt, dass er in Israel sehr unpopulär ist. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage von Channel 12 ergab, dass 72 % der Israelis seinen Rücktritt wünschen. Ich finde das alles sehr schwer zu glauben. Wenn 72 % seinen Rücktritt wünschen, wenn er seit dem 7. Oktober zutiefst unpopulär ist, warum haben sich dann keine der anderen politischen Kräfte gegen Netanjahu gestellt? Warum haben verschiedene Kräfte seine Regierung nicht verlassen? Tatsache ist, dass Netanjahu unabhängig von seiner Popularität in Tel Aviv oder anderswo eine ziemlich stabile Regierung bilden konnte. Sie hat sich nicht aufgelöst. Er macht dementsprechend weiter. Offensichtlich ist er irgendwo beliebt. Andernfalls wäre es keine Demokratie. Man kann nicht beides haben. Man kann nicht sagen, Israel sei gut, aber Herr Netanjahu sei schlecht und unpopulär, und dann sagen, es gäbe auch eine Demokratie, denn somit handelt es sich nicht um eine Demokratie. Man kann nicht beides haben. Das funktioniert nicht. Herr Netanjahu kehrt immer wieder ins Amt zurück. Das bedeutet, dass die israelische Wählerschaft ihn so oder so für einen guten Führer hält. Der gute Führer, der Folterlager beaufsichtigt hat. Wir haben alle die schrecklichen Videos gesehen, in denen gewählte Vertreter der Knesset, des israelischen Parlaments, Folterer und Menschenrechtsverletzer verteidigen. Das ist in gewisser Weise zu einem großen Problem für

Israel geworden, für das halbe Dutzend Menschen, die sich in Israel für den Frieden einsetzen, ich sage, ein halbes Dutzend. Aber, um Himmels willen, sie verlieren immer mehr an Macht. Diese sogenannte Friedenslobby. Die Menschen protestierten gegen Herrn Netanjahu. Das liegt aber nicht unbedingt daran, dass sie sein Handeln insgesamt als schlecht empfinden oder Frieden mit den Palästinensern wollen. Was sie sagen, ist, dass er die Verhandlungen mit der Hamas, dem Islamischen Dschihad und anderen nicht gut geführt hat. Das ist etwas anderes als zu sagen, dass sie Frieden oder Verhandlungen wollen. Wir müssen uns also damit abfinden, dass es in Israel eine ernste politische Krise gibt, eine Krise in Bezug auf die Menschenrechte. In Europa legen die Europäer so viel Wert auf die Europäische Menschenrechtskonvention, nicht wahr? Als die Regierung, die frühere Regierung von Rishi Sunak, im Vereinigten Königreich Asylbewerber, Flüchtlinge und andere nach Ruanda abschieben wollte, hatten die Briten ein Problem mit der Tatsache, dass sie immer noch Teil der Europäischen Menschenrechtskonvention waren. Das heißt, das Vereinigte Königreich schiebt Asylbewerber über Ruanda ab. In Europa gab es ein Problem. Die Leute sagten: Oh, das ist ja schrecklich. Dabei war es keineswegs schrecklich, als Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, ertranken. Jetzt nimmt Israel am Eurovision Song Contest teil und singt neben europäischen Künstlern. Israel nimmt an europäischen Fußball- und anderen Turnieren in Europa teil. Das ist in Ordnung. Selbst wenn sie einen völkermörderischen Krieg führen. Und innerhalb Israels ist die politische Klasse mit Folterern und dergleichen einverstanden. Ich meine, wie bitte? Vor 20 Jahren waren hohe europäische Vertreter so aufgebracht über die Geschehnisse in Guantanamo, in den so genannten Black Sites in Osteuropa. Sie erinnern sich vielleicht daran, dass während des Krieges gegen den Irak Menschen nach Osteuropa gebracht wurden, um dort gefoltert zu werden, in CIA-Black Sites und dergleichen, in Zusammenarbeit mit den Gefängnissen in Osteuropa, Polen und anderen Ländern. Die Menschen in Europa waren empört, hohe europäische Beamte waren entrüstet. Man sieht ein Video, in dem Menschen aufgehängt und verprügelt werden, und es gibt kein Problem. Ich verstehe das europäische Projekt wirklich nicht mehr. Ich konnte die politische Legitimität Europas wirklich nicht begreifen. Ich begreife es nicht.

ZR: Ich möchte hier das Thema wechseln und über die jüngsten Wahlen in Venezuela und die internen und externen Reaktionen hierauf eingehen. Am vergangenen Sonntag erklärten die venezolanischen Behörden Präsident Nicolas Maduro zum Wahlsieger. Die Vereinigten Staaten erkannten seinen Sieg jedoch nicht an und erklärten stattdessen den Kandidaten der Opposition, Edmundo Gonzalez, zum Sieger. Die Europäische Union hat eine weitere Überprüfung der Ergebnisse gefordert und eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, Zitat: „Die Wahl entspricht nicht den internationalen Standards für die Integrität von Wahlen“, Zitat Ende. Die Kritik der EU und der USA richtet sich gegen den Nationalen Wahlrat Venezuelas (CNE), der nach Angaben der deutschen Medien und der Regierungsvertreter die Ergebnisse all dieser Machenschaften nicht transparent veröffentlicht hat. Ich möchte noch hinzufügen, dass die deutschen Medien, wenn sie über Venezuela berichten, das Adjektiv autoritär verwenden, wenn sie Nicolas Maduro beschreiben, und dass er häufig bewaffnete Biker-Gangs mobilisiert, um seine Opposition zu unterdrücken. Könnten Sie für unsere Zuschauer zunächst einen historischen Überblick über die politische

Geschichte Venezuelas und seine Beziehungen zu den USA geben und dann diese Wahlen kommentieren?

VP: Die Vereinigten Staaten waren bis Ende der 1990er Jahre sehr zufrieden mit Venezuela, sogar während der Zeit der tatsächlichen Diktatur in Venezuela. Es gab lange Perioden einer Militärdiktatur in Venezuela, mit denen die US-Regierung sehr zufrieden war. In den 1990er Jahren kam es zu einer Situation, in der Carlos Andres Perez, ein sehr netter Mann, ein Sozialdemokrat, er würde auf einer Dinnerparty mit Personen wie dem ehemaligen westdeutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und sogar Willy Brandt Platz finden – tatsächlich kamen Willy Brandt und Carlos Andres Perez sehr gut miteinander aus, beide Sozialdemokraten. Carlos Andres Perez gewinnt eine Wahl und erklärt, dass er nicht zum IWF zurückkehren wird. Er gehe nicht zurück. Die Austerität ist zu schlimm. Er kommt an die Macht und kehrt zum IWF zurück. Das Ganze nannte sich Paquetazo. Es gibt große Proteste, große, massive Proteste, die zum Caracazo von 1989 führten, einem Massenaufstand in Caracas, bei dem Tausende von Menschen getötet werden, und zwar von den Polizeikräften. Das war der Auslöser für die politische Aktivität von Hugo Chavez. Der Caracazo von 1989 hat ihn sehr stark politisiert. Als Chavez 1998 die Wahl gewinnt, beginnt er einen Prozess der Verhandlungen mit hauptsächlich US-amerikanischen Ölgesellschaften. 99 bis 98 % der Einnahmen Venezuelas stammen aus dem Ölexport. Also sagte er: Wir werden die Einnahmen nicht 50/50 aufteilen. Wir werden nicht einmal 60/40 oder dergleichen vereinbaren. Wir wollen unser Öl kontrollieren. Und er renationalisiert das Öl von Venezuela. Und zu diesem Zeitpunkt üben Chevron, Exxon und andere Bergbauunternehmen großen Druck auf die Regierung aus. Peter Munk von Barrick Gold schreibt einen Artikel in der kanadischen Globe and Mail und bezeichnet Chavez als Diktator. Chavez hat mehr Wahlen gewonnen als Peter Munk. Er gewann die Wahl im Jahr 98. Er schlug 2002 einen Staatsstreichversuch zurück, setzte 1999 eine neue Verfassung durch und gewann 2004 ein Abberufungsreferendum. Und dann sagt Peter Munk, er sei ein Diktator. Ich meine, die Worte werden auf so rassistische Weise verwendet. Munk war, wie ich schon sagte, Gründer und Eigentümer von Barrick Gold. Ich glaube nicht, dass er eine faire Wahl gewonnen hat, nicht einmal in seiner Aufsichtsratssitzung, im Vergleich zu Chavez, für den Millionen von Menschen gestimmt haben. Dieser Diskurs über den Diktator geht also auf Chavez zurück, ebenso wie der Diskurs über Betrug. Als Chavez 2004 ein Referendum, ein Abberufungsreferendum, zurückschlug, sagte die Opposition, das sei ein Betrug. Interessant ist, dass die Regierung Chavez in den letzten 20 Jahren eine große Zahl von Anhängern aufgebaut hat, und zwar durch die von ihnen errichteten Gemeinden, die von ihnen geschaffenen Missionen, die Mission Vivienda, die Obdachlosen oder Menschen, die in Hütten lebten, eine Unterkunft bot, und so weiter. Wenn man alle Nutznießer der Chavez-Jahre und die Aktivisten der verschiedenen bolivarianischen Formationen, einschließlich der Jugend, der Frauen und der Gewerkschaften, zusammenzählt, kommt man auf etwa die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung. Es ist sehr schwierig für die Bolivarianer, weniger als 50 % der Stimmen zu erhalten. Außerdem will die Opposition das Öl privatisieren. Die Opposition will das Land, das Chavez den Reichen weggenommen hat, wieder enteignen. Die Opposition will eine neoliberale Sparpolitik durchsetzen und so weiter. Die Opposition hat ein Hindernis. Sie kann nicht mehr als 40 % der Stimmen erhalten, und

dazu gehören auch Menschen, die sehr wütend auf die boliviarische Regierung sind. Also sowohl ihre eigentlichen ideologischen Anhänger als auch diejenigen, die Herrn Maduro und seine Politik einfach nur verabscheuen. Diese 50/40-Aufteilung ist also ziemlich realistisch. Man muss keinen Wahlbetrug begehen, um diese 50/40-Aufteilung zu erreichen, aber der Diskurs über Wahlbetrug ist vorhanden. Interessanterweise wurde ein paar Tage vor der Wahl eine so genannte Nachwahlbefragung veröffentlicht. In Venezuela gibt es keine Nachwahlbefragungen. Die meisten Länder der Welt sind nicht in der Lage, Nachwahlbefragungen oder Umfragen vor der Wahl durchzuführen. Das liegt daran, dass die Infrastruktur nicht vorhanden ist. Die entsprechenden Praktiken sind nicht vorhanden. Aber diese Vorwahlumfrage wurde in den Vereinigten Staaten von einem Unternehmen namens Edison Research mit Sitz in New Jersey veröffentlicht. Wenn Sie sich nur fünf Minuten lang damit befassen, werden Sie feststellen, dass Edison Research in Wirklichkeit ein Auftragnehmer der Central Intelligence Agency ist. Sie arbeiten für Radio Free Europe, Radio Free Liberty, Sie wissen schon, all diese Ableger der US-Regierung, die Teil des Ensembles der US-Regierung sind, um das Weltgeschehen zu beeinflussen. Das ist es, was Edison Research tut. Wenn man auf deren Website geht und diese so genannte Vorwahlumfrage sieht, gibt es in Wirklichkeit keine Daten zu dieser Umfrage. Sie haben gerade bekannt gegeben, dass die Opposition mit 40 Punkten in Führung liegt. Was ist die Methodik der Umfrage? Mit wie vielen Personen haben sie gesprochen? Wo befanden sich diese Personen? Wer hat die eigentlichen Umfragen durchgeführt? Bei den meisten Umfragen erhält man die endgültige Zahl, richtig? Und dann gibt es noch ein PDF zum Herunterladen, in dem die Methodik beschrieben wird. In diesem Fall gibt es nichts. Es ist nur eine Zahl. Sie geben nur bekannt, dass es eine Opposition gibt. Als die Ergebnisse herauskamen, sagte die Opposition: Seht her, es gab eine Umfrage, die besagte, dass wir einen Vorsprung von 40 Punkten hatten, wie konnten wir jetzt um sieben Punkte verlieren? Und genau das wurde in der ganzen Welt berichtet. Die Abweichung basierte auf einem CIA-Mitarbeiter. Ich finde es außergewöhnlich, dass gute Journalisten auf der ganzen Welt erstens durch diese unaufhörliche Propaganda motiviert werden, dass dies eine Diktatur ist, und zweitens eine CIA-Umfrage ohne jegliche Berücksichtigung der Quelle verwenden. Kommt schon, ihr solltet die Dinge überprüfen, aber es wurde nichts überprüft und diese Meldung wiederholt. Seien wir doch mal ganz ehrlich. Die Situation in Venezuela ist schwierig. Eine große Anzahl von Menschen hat das Land verlassen. In dem Moment, als die USA die Sanktionen gegen das Land verschärften – 99 % der Einnahmen stammen aus dem Ölgeschäft, wenn man kein Öl verkaufen kann, brechen die Staatseinnahmen zusammen. Infolgedessen musste die Regierung von Nicolas Maduro Teile der Wirtschaft privatisieren, weil die Regierung unter Sanktionen stand. Wenn man die Wirtschaft weiterhin unter staatlicher Kontrolle hält, würden die Menschen verhungern. Um eine Hungersnot zu verhindern, wurden Teile der Wirtschaft privatisiert, damit sie ohne Sanktionen Handel treiben konnten. Das wurde zu einem Problem, weil dadurch die Korruption zunahm und so weiter. Auch das kommt vor. Es gibt Probleme in Venezuela, daran besteht kein Zweifel. Aber das venezolanische Volk hat die Wahl zwischen dem Versuch, die Dinge zu verbessern, und dem Rückfall in das Jahr 1995. Und ich glaube, 50 % haben sich dafür entschieden, die Dinge zu verbessern. Und das ist ein Vorsprung, der nicht vergleichbar ist mit Ruanda, wo Paul Kagame 96 % der Stimmen erhält und die Europäer ihm gratulieren. Die Franzosen beglückwünschen Paul Kagame zu seinem

Sieg mit 96 % der Stimmen. Ich meine, wie kann das eine faire Wahl sein? Nicolas Maduro sagte, ich habe fast 52% gewonnen. Das ist in etwa so viel wie in den Vereinigten Staaten. Bei der Wahl 2013 gewann er mit 51 zu 49 %. Es handelt sich um dasselbe CNE wie vor elf Jahren. Ich finde das Ganze also ziemlich lächerlich, und ich möchte hohe Beamte der Europäischen Union, die jetzt über Wahlbetrug in Venezuela schwadronieren, fragen: Was haben Sie nach der letzten Wahl in Ruanda gesagt?!

ZR: Lassen wir die Entwicklungen im Krieg in der Ukraine einmal außen vor. Die NATO hat auf ihrem letzten Gipfel beschlossen, mehr F-16 und Luftabwehrsysteme in die Ukraine zu schicken. Darüber hinaus beabsichtigen die USA zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges, bis 2026 Langstreckenraketen vom Typ Tomahawk in Deutschland zu stationieren. Der Tomahawk-Marschflugkörper ist nicht nur mit dem Radar schwer zu erfassen, sondern hat auch eine Reichweite von 2500 km. Moskau ist rund 1600 km von Berlin entfernt. Diese Stationierung gibt der NATO die Möglichkeit, Moskau anzugreifen. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock verteidigte diese Stationierung mit dem Hinweis, dass Russland durch den Ausbau seiner nuklearen Kapazitäten kontinuierlich gegen internationale Rüstungsabkommen verstößt. Weiter erklärte sie, und ich möchte sie hier zitieren: „Dagegen müssen wir uns und unsere baltischen Partner schützen, auch durch verstärkte Abschreckung und zusätzliche Abstandswaffen. Alles andere wäre nicht nur verantwortungslos, sondern auch naiv gegenüber einem eiskalt kalkulierenden Kreml“, Zitat Ende. Vor einigen Tagen hat die Ukraine zum ersten Mal ihre F-16 eingesetzt, die sie von den USA für ihren Krieg gegen Russland erhalten hat, während Russland in der Ostukraine bei der Eroberung von Gebieten weiter Fortschritte macht. Können Sie Ihre Einschätzung zu diesen Langstreckenraketen abgeben? Und ob Sie glauben, dass die Stationierung in Deutschland, wie die Außenministerin sagte, Europa schützen und eine Abschreckung gegen den eiskalten Kreml darstellen wird? Und zweitens, wie schätzen Sie eine künftige Präsidentschaft von Kamala Harris oder Donald Trump im Gesamtkontext ein? Welcher Präsidentschaftskandidat wird Ihrer Meinung nach nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Israel und Palästina mehr für Frieden und Diplomatie offen sein?

VP: Ein sehr wichtiges Thema für Sie, gerade weil Sie in Deutschland sind. Was will man dazu sagen? Wenn man sich die Situation anschaut, wenn man sich eine Karte der Ukraine anschaut, und zwar vom Februar 2022 bis heute, einverstanden? Vielleicht sollten wir nicht mit Februar anfangen. Beginnen wir mit April 2022 bis heute, als Mariupol von den Russen eingenommen wurde. Die Frontlinie hat sich in diesen zwei Jahren eigentlich nicht sehr verändert. Sie bleibt im Wesentlichen unverändert. Das bedeutet, dass man jetzt verhandeln muss, weil auf dem Schlachtfeld keine Fortschritte erzielt werden. In einem Monat rücken die Russen vor, im nächsten Monat sind es woanders die Ukrainer, oder womöglich an der gleichen Front, die sie zurückdrängen und so fort. Es lohnt sich also, eine Diskussion über eine Verhandlungslösung zu eröffnen. Nun gibt es einige rote Linien, die man nicht aufgeben will. So könnten die Ukrainer sagen: Wir bestehen auf die Rückeroberung der Krim. Ehrlich gesagt wird die Ukraine die Krim nicht auf dem Schlachtfeld zurückerobern, und es ist unwahrscheinlich, dass sie in der Lage sein wird, die Krim in die Ukraine zurückzuverhandeln. Es gibt eine ganze Reihe von Faktoren, auf die jede Seite verzichten

muss. Die Russen könnten sagen: Okay, wir geben die Landbrücke von der russischen Grenze zur Krim auf, wir geben euch Mariupol zurück, aber wir wollen Garantien für die Wasserversorgung. Ich meine, es gibt tatsächlich viel Raum für Verhandlungen. Warum hat es keine Verhandlungen gegeben? Wir wissen, dass Teile der ukrainischen Regierung verhandeln wollen. Sie scheinen unter Druck zu stehen, nicht zu verhandeln. Herr Selenskyj verließ sogar das Treffen in der Schweiz, ein sehr seltsames Friedenstreffen, zu dem Russland nicht eingeladen war. Wie kann man ein Friedenstreffen abhalten, ohne dass beide Konfliktparteien am Tisch sitzen? Aber egal... Aber Herr Selenskyj machte sogar bei diesem Treffen eine Art Geste in Richtung der Notwendigkeit, wieder Verhandlungen aufzunehmen, wie sie mit den Russen in der Türkei und in Weißrussland und so weiter geführt wurden. Russland hat die Verhandlungen aufgenommen, das haben sie gesagt. Eiskalter Kreml? Nun, es ist sicherlich kalt, weil es in Russland im Winter kalt ist. Jetzt ist es Sommer. Ich weiß nicht, wie eiskalt die Russen sind. Die russischen Athleten haben sich bei den Olympischen Spielen in Paris ziemlich gut geschlagen, obwohl Russland von der offiziellen Teilnahme ausgeschlossen ist. Sie müssen als Einzelsportler teilnehmen. Es ist absolut lächerlich, dass im Jahr 2024 diese Spiele ausgetragen werden, bei denen die Politik in die Olympischen Spiele eingreift. Ich weiß, dass das schon einmal geschehen ist. Es geschah 1980. Der Westen boykottierte die Spiele in Moskau aufgrund der Invasion in Afghanistan im Jahr '84. Dann kamen die Russen nicht nach Los Angeles. Ich weiß das alles, aber ich meine, Sportler bereiten sich ihr ganzes Leben lang auf diese Spiele vor. Sie sind selbst Sportler. Sie wissen, wie sich das anfühlt, wenn man auf dem Höhepunkt des Trainings ist. Man will teilnehmen und für sein Land kämpfen, wo die Hymnen gespielt werden können. Als die südsudanesischen Athleten auf der Tribüne standen, haben sie die sudanesische Hymne gespielt, was zeigt, wie sehr ihnen Afrika am Herzen liegt. Vergessen Sie Françafrique oder was auch immer sich die Franzosen darunter vorstellen mögen. Was ich damit sagen will, ist, dass es eine Menge Verhandlungsspielraum gibt, und Europas Handeln, und das, was Europa mit der Wiederwahl von Ursula von der Leyen als Kommissarin getan hat, zeigt, dass es dieses Projekt an der Seite der Vereinigten Staaten fortsetzen will, indem es versucht, den Kampf um die Ukraine zu nutzen, um Russland zu schwächen. Ich halte das für höchst unverantwortlich von Europa, und es ist außerordentlich gefährlich, weil sie Waffen in den Kampf einbringen, die Raketenangriffe auf Russland ermöglichen würden. Ich weiß nicht, ob das eine gute Idee ist, denn das wird die NATO ernsthaft in eine direkte Konfrontation mit den Russen bringen. Wie wir wissen, liegt der Vorsitz der Europäischen Kommission jetzt sozusagen im Osten, und in Ungarn, Polen und anderen Ländern wird die Situation etwas praktischer gesehen. Sie sind nicht unbedingt ideologisch mit Russland verbündet, aber sie verstehen auch, dass sie in der Region leben müssen. Die Ukrainer müssen eine Sache verstehen. Letzten Endes wird die Ukraine ein Nachbar Russlands bleiben, und deshalb müssen Sie jetzt mit den Verhandlungen beginnen. Wenn Sie so weitermachen, wird es Jahrzehnte, wenn nicht gar ein Jahrhundert dauern, bis der emotionale und nationale Schaden, den diese Nachbarn erleiden werden, behoben ist. Es ist eine Sache, wenn die Vereinigten Staaten den Konflikt beschleunigen wollen, aber eine andere für die Ukraine. Die USA sind weit weg von Russland. Sie können die Russen ignorieren. Die Ukrainer können das nicht. An dem Tag, an dem die Kämpfe aufhören, werden sie den Handel mit den Russen wieder aufnehmen.

ZR: Und was denken Sie über die Langstreckenraketen, die 2026 in Deutschland stationiert werden sollen? Glauben Sie, dass dies das Kalkül im Hinblick auf den Ukraine-Krieg verändern wird?

VP: Ich weiß es nicht genau. Ich möchte darüber nicht spekulieren, weil ich denke, dass es jedem einzelnen europäischen Bürger, jedem Bürger eines Landes innerhalb des europäischen Prozesses obliegt, sich der großen Gefahren und Bedrohungen bewusst zu sein, die von dieser Eskalation um die Ukraine ausgehen. Und so hoffe ich, dass die Menschen in Deutschland, ich meine, im Moment hat Deutschland eine extrem unpopuläre Regierung. Die politischen Parteien haben bei den Europawahlen und den Regionalwahlen eine herbe Niederlage einstecken müssen, sie schneiden nicht gut ab. Die arrogante Blase der Grünen ist sicherlich irgendwann geplatzt.

Die Grünen sind fast noch rechtslastiger geworden als die rechten Parteien. Ihr grüner Charakter geht gegen Null, was bedeutet, dass sie bereit sind, Atomkraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen und ähnliches. Was ist von den Kampagnen übrig geblieben, die die grüne Partei in Deutschland aufgebaut haben? Nichts. Auch die Sozialdemokratische Partei ist seit langem, selbst unter Gerhard Schröder, nur noch ein Schatten ihres früheren Selbst. Ich habe vorhin über Willy Brandt gesprochen. Willy Brandt war der Sozialdemokrat, der letzte Sozialdemokrat, den wir alle respektierten, auch wenn wir vielleicht politische Differenzen mit ihm hatten. Herr Brandt hat zum Beispiel seine Amtsjahre mit Ostpolitik genutzt, um ein gutes Verhältnis zum Osten zu pflegen. Und dann hat er eine Art Süd-Politik betrieben, indem er die Brandt-Kommission für Wohlstand und Gleichheit zwischen Nord und Süd in der Welt gegründet hat. In diesem Sinne war Willy Brandt ein echter Staatsmann. Olaf Scholz ist ein Verwalter, was ist jetzt schon sozialdemokratische Politik in Deutschland? Meiner Meinung nach befindet sich Deutschland in einer echten inneren Krise, und es ist wirklich wichtig, dass deutsche Staatsbürger und andere für eine Art von Integrität für Deutschland innerhalb Europas kämpfen. Wie sieht das deutsche Projekt innerhalb des europäischen Projekts aus? Was ist das deutsche Projekt gegenüber, sagen wir, Russland oder China? Deutschland kann sich einen neuen Kalten Krieg der Vereinigten Staaten gegen China nicht leisten, weil ein Großteil der deutschen Industrie in der Provinz Hubei mit Wuhan als Hauptstadt angesiedelt ist. Wenn man nach Wuhan reist, sieht man überall deutsche Unternehmen. Deutschland kann es sich nicht leisten, sich von China zu lösen oder abzukoppeln. Es wird von den Vereinigten Staaten unter Druck gesetzt, dies zu tun. Gibt es ein deutsches nationales Interesse? Ich bin mir nicht sicher.

ZR: Und schließlich, was die Ukraine und die Situation in Israel und Palästina betrifft, wen schätzen Sie in diesen beiden Fragen besser ein: Kamala Harris oder Donald Trump?

VP: Das ist schwer zu sagen, denn in den Vereinigten Staaten gibt es natürlich eine echte Debatte zwischen diesen beiden politischen Lagern, aber für den Rest der Welt ist es meiner Meinung nach nicht wirklich entscheidend, wer Präsident wird. Beide werden meiner Meinung nach extrem gefährlich sein, weil keiner von ihnen bereit ist, sich mit der Tatsache abzufinden, dass die Vereinigten Staaten nicht das wichtigste Land der Welt ist. Das ist das Entscheidende. Ein Unterschied zwischen ihnen wäre, wenn einer von ihnen sagen würde, die

Vereinigten Staaten sind nur ein Mitgliedsland der Vereinten Nationen, aber beide glauben, dass die USA eine Art Schicksal haben. Das ist ein sehr gefährlicher Ansatz für internationale Beziehungen. Die USA haben keine Bestimmung. Kein Land hat ein Schicksal. Die Menschen haben kein Schicksal. Wir haben nur das Leben, das wir leben, und wir versuchen, die Idee des Schicksals als Motivation für uns zu konstruieren. Aber die Vereinigten Staaten haben keine Bestimmung. Beide Kandidaten glauben dies aber, und deshalb sind sie bereit, schreckliche Waffengewalt gegen den Rest der Welt einzusetzen, um das zu erfüllen, was sie für ihr Schicksal halten. Das sind gefährliche Leute.

ZR: Vijay Prashad, Autor, Journalist und Historiker. Vielen Dank für Ihre Zeit heute.

VP: Vielen Dank.

ZR: Und danke für Ihr Interesse an der heutigen Sendung. Bitte vergessen Sie nicht, uns während unserer Sommerpause mit einer Spende zu unterstützen. Die Links zu allen unseren Spendenplattformen finden Sie in der Beschreibung dieses Videos. Ob Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl spenden, ob ein, zwei, drei oder fünf Dollar oder Euro pro Monat, wir sind Ihnen dankbar für Ihre Unterstützung. Wir sind schließlich ein unabhängiges Mediennetzwerk, das kein Geld von Konzernen oder Regierungen annimmt und keiner politischen Partei angehört. Wir sind unabhängig und kritisch und versorgen Sie mit Informationen, die frei von jeder äußeren Beeinflussung sind. Wir freuen uns darauf, zurückzukehren und unseren Journalismus fortzusetzen und Sie über die wichtigsten Themen unserer Zeit zu informieren. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza. Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Interesse und bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org